

Die Armee XXI ist eine Armee für die anderen

Die Armee ist Teil unseres Staatsmodells: Sie hat primär Land und Bevölkerung zu schützen und die Neutralität zu garantieren. Sie hat deshalb strikt Bündnis-unabhängig zu bleiben, denn nur so ist aktive Friedenspolitik möglich. Die Schweiz muss jetzt, da der Krieg wieder Mittel der Politik geworden ist und die USA von Krieg für die nächsten 30 bis 40 Jahren sprechen, ihre friedensfördernde Aufgabe wahrnehmen können: Das heisst, auf neutralem Boden zu Verhandlungen und Friedenskonferenzen einladen, mit Guten Diensten zur Konfliktschärfung beitragen und das Vertrauen in die humanitäre Hilfe erhalten.

Verhängnisvolle Aussenpolitik

Das Militärgesetz und die Armee XXI gehen in eine andere Richtung. Sie sind das Produkt einer verhängnisvollen aussenpolitischen Entwicklung, über die nie abgestimmt werden konnte. Bundesrat Cotti (CVP/EDA) hat 1996 ein Vertragswerk mit der Nato unterzeichnet, das sowohl den Beitritt zur militärischen «Partnership for Peace PfP» als auch den Beitritt zum «Euroatlantischen Partnerschaftsrat EAPC» der Nato umfasste. Zweck beider Gremien ist es, die Länder auf eine Nato-Integration vorzubereiten. Der frühere US-Verteidigungsminister Perry brachte es wie folgt auf den Punkt: «Der Unterschied zwischen PfP und der Nato-Mitgliedschaft muss so dünn sein wie ein Blatt Papier.» Seit 1999 legen Bundesrat und Nato jährlich die Bereiche fest, in welchen die Schweizer Armee Nato-tauglich werden soll (PARP-Ziele). Der Inhalt dieser Zusatzprotokolle ist nicht einmal unseren Parlamentariern im voraus bekannt, geschweige denn dem Souverän.

Dazu kommt, dass sich die Nato 1999 mit einer neuen Doktrin vom Verteidigungspakt zu einem Angriffsbündnis gewandelt hat. Die Nato kann nun unter amerikanischem Oberkommando Kriegseinsätze auch ausserhalb des Bündnisgebietes und nötigenfalls auch ohne UNO-Mandat führen. Die Teilnahme der Schweiz am PfP-Programm und die Annäherung an die nun

offensive Nato ist damit friedens- und neutralitätspolitisch äusserst kritisch.

Armee XXI kann Land und Bevölkerung nicht verteidigen

Die Armee XXI wurde mit dieser Nato-Ausrichtung konzipiert: Sie ist ein kleines, teures High-Tech-Modul von noch knapp 120 000 Aktiven, ausgerichtet auf den Einsatz im Ausland. Gemäss den eigenen Aussagen der Armeepaner kann die Armee XXI das Land und die Bevölkerung nicht verteidigen. Dies steht im offenen Widerspruch zu unserer Verfassung (Art. 59 BV)! Mit der Armee XXI wäre die Schweiz bei der Landesverteidigung und beim Wiederherstellen der inneren Sicherheit auf die Hilfe ausländischer Armeen angewiesen. Der Bundesrat nennt diese verhängnisvolle Abhängigkeit «Sicherheit durch Kooperation». Doch ist es in Zeiten wie diesen nicht ratsamer, die Fähigkeit zu erhalten, die eigenen Angelegenheiten selber regeln und die eigene Sicherheit und die Unabhängigkeit selber schützen zu können?

Demokratische Kontrolle der Armee wird abgebaut

Auch in demokratischer Hinsicht irritiert das neue Militärgesetz. Bundesrat und Parlament wollen sich die Ermächtigung geben, zukünftig wichtige Armeebelange per Verordnung zu regeln. Da über Verordnungen nicht abgestimmt werden kann, entziehen die Behörden dem Souverän die Kontrolle über entscheidende Bereiche der Armee. Wenn die demokratische Mitsprache abgeschnitten werden soll, muss man hellhörig werden!

Schaffung einer Zweiklassenarmee

Mit der Armee XXI würde eine Offizierskaste geschaffen, denn die Ausbildung ist nach US-Vorbild konzipiert. Das bedeutet, dass geeignete Soldaten bereits nach 6 Wochen Rekrutenschule in die Offiziersschule übertreten, statt wie bisher alle Stufen zu durchlaufen

und darin zum Offizier zu reifen. Es würde eine Zweiklassen-Armee geschaffen, was unserer Milizarmee bisher vollständig fremd war.

Zudem erhalten die Berufsmilitär im neuen Gesetz mehr Kompetenz und neue Aufgaben. Wo genau der Auftrag der supergeheimen Sondertruppen sein wird, ist noch nicht festgelegt. Insgesamt führt die Armee XXI zu einer Schwächung des Milizsystems.

In dieselbe Richtung zielt, dass die Armee XXI nur noch aus jungen Soldaten besteht, denn nach 6 Wiederholungskursen ist mit 26 Jahren die aktive Wehrpflicht erfüllt. Die Erfahrung und die Reife fehlen. Dies schwächt nicht zuletzt auch den Zusammenhalt zwischen den Generationen und Regionen in unserem Land der 4 Kulturen.

Wird die Armee XXI im Rahmen der militärischen Globalisierung eingesetzt, würden auch wir uns die Vergeltung unterdrückter Völker

zuziehen. Unsere Sicherheit würde abnehmen. Die Armee sollte aus der heutigen Substanz heraus massvoll und kostengünstig an die heutige Zeit angepasst werden.

Umfassender Abbau auch beim Zivilschutz

Am 18. Mai wird nicht nur über die äusserer Sicherheit der Schweiz abgestimmt. Das Bundesgesetz über den Bevölkerungsschutz und den Zivilschutz betrifft den radikalen Ab- und Umbau des Zivilschutzes. Der neue Zivilschutz XXI wird unserer Weltlage ebenso wenig gerecht wie die geplante Armee XXI. Neue Bedrohungen (Terror, atomare und biologische Waffen) wurden im Konzept des Zivilschutz XXI nicht einbezogen und mit der weitgehenden Abwälzung der Kosten auf die Kantone, wird der Schutz der Bevölkerung abhängig von der Finanzstärke des jeweiligen Kantones.

Das Militärgesetz und die Armee XXI sind abzulehnen:

- Weil die direkte Demokratie in Armeebelangen geschwächt wird.**
- Weil unser Land abhängig gemacht wird von fremden Armeen.**
- Weil die Bundesverfassung verletzt wird.**
- Weil die Neutralität ruiniert wird.**

Auch das Zivilschutzgesetz ist abzulehnen:

- Weil das Konzept Zivilschutz XXI gegenüber der Bevölkerung finanzschwacher Kantone unsolidarisch ist.**
- Weil der Zivilschutz XXI aktuellen Bedrohungen nicht Rechnung trägt.**

**Deshalb bei der Abstimmung vom 18. Mai zum
Zivilschutz XXI und Armee XXI: 2 X Nein**

**Eidgenössisches Komitee für eine direkt-demokratische,
neutrale und souveräne Schweiz**

Postfach 2959 • 8033 Zürich • Telefon 01 350 72 75 • Telefax 01 350 72 76 • Postcheck 87-745508-5

Internet www.buergergespraeche.ch • E-Mail kontakt@buergergespraeche.ch